

Das eigene Heim darf nicht nur ein Traum bleiben

Teile der Grünen haben vorgeschlagen, künftig keine Gebiete mehr für Wohneigentum auszuweisen. Aus Sicht der Fraktionen von FDP und CDU ist das der falsche Weg. Der Mensch soll so wohnen können, wie sie oder er es gerne möchte. In einer gemeinsamen Initiative setzt sich die NRW-Koalition dafür ein, die Wohnraumförderung weiterzuentwickeln. Oft scheitert der Bau von Wohnraum daran, dass zu wenig bezahlbare, baureife Grundstücke zur Verfügung stehen. FDP und CDU wollen deshalb die Initiative „Bau.Land.Leben“ weiter stärken. Die eigenen vier Wände sind nicht nur ein schöner Traum vieler junger Menschen sondern vor allem auch ein wesentlicher Baustein der individuellen Altersvorsorge.

→ [Antrag: Das Einfamilienhaus hat Zukunft!](#)

Digitalisierung: Die landesweite „Studi-App“

NRW soll Hochschulstandort Nummer eins bleiben. Dazu gehören moderne und innovative Studienbedingungen. Auf Initiative der NRW-Koalition sollen Studierende alle wichtigen Angebote ihrer Hochschule digital in einer „Studi-App“ auf ihrem Smartphone griffbereit haben: Studierendenausweis, Prüfungsausweis, Mensa-, Kopier- und Bibliothekskarte, Semesterticket, das Vorlesungsverzeichnis und Zugang zu Lernplattformen. FDP und CDU haben die Landesregierung aufgefordert, in einer Machbarkeitsstudie zu klären, wie die Bündelung der Angebote aller 69 Hochschulen in NRW technisch realisierbar ist.

→ [Antrag: Digitalisierung im Hochschulraum weiter vorantreiben](#)

Krisenmanagement muss verlässlich werden

Die von der Bundeskanzlerin gewollte so genannte Osterruhe ist wieder vom Tisch. Nach massiven Protesten aus Bürgerschaft und Wirtschaft hat Angela Merkel die Notbremse gezogen und nur einen Tag nach den Bund-Länder-Beschlüssen diese wieder zurückgenommen. In der Plenardebatte am Mittwochvormittag hat Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, genau das gefordert: „Aus der Osterruhe müssen wieder normale Ostertage werden. Am Gründonnerstag und am Karfreitag muss man sich normal verhalten können, so wie zu Ostern 2020 auch. Es darf keinen Unterschied zwischen 2020 und 2021 geben.“

Dass die Kanzlerin diesen Fehler korrigiert und eingestanden hat, verdient Respekt. Der entstandene Schaden ist dennoch immens: Mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger verlieren das Vertrauen in die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen. Ein Weiterso kann es nicht geben. Wir bekommen die Krise nur durch differenzierte und intelligente Maßnahmen in den Griff. Die Konzentration allein auf Inzidenzwerte ist nicht hinreichend. Wenn jetzt mehr getestet wird, steigt die Inzidenz während die Dunkelziffer abnimmt. Maßgeblich für das weitere Krisenmanagement muss deshalb vor allem die Auslastung in den Krankenhäusern, speziell auf den Intensivstationen, sein. Ziel der Freien Demokraten ist und bleibt, wirtschaftliche und soziale Risiken zu reduzieren, wo die Gesundheit nicht wesentlich gefährdet ist.

→ [Video: Christof Rasche zur Unterrichtung durch die Landesregierung](#)



Bodo Middeldorf:
Letzte Plenarrede im Landtag

Die Zusammensetzung der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen wird sich ändern: Bodo Middeldorf, Sprecher der Fraktion für Verkehr sowie für Infrastrukturpolitik, ist zum neuen Geschäftsführer der Zukunftsagentur Rheinisches Revier berufen worden und wird sein Landtagsmandat niederlegen. Der Abgeordnete für den Ennepe-Ruhr-Kreis und Hagen gehört dem Landtag seit 2017 an. In seiner letzten Plenarrede zur Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge forderte Middeldorf, dass der Bund adäquate Förderbedingungen schafft, um den Transformationsprozess von Nutzfahrzeugen und im ÖPNV zu unterstützen, damit Kommunen nicht über Gebühr belastet werden.

→ [Antrag: Förderung energieeffizienter Straßenfahrzeuge](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Übertragung von Krankheiten von Tieren auf Menschen vermeiden

Die Fraktionen von FDP und CDU wollen Menschen besser vor Krankheiten schützen, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden. Die NRW-Koalition will dabei die Risiken, die von Zoonosen auch in NRW ausgehen, nun umfassender untersuchen und ein Monitoring starten. Dazu sollen die einzelnen Ämter enger zusammenarbeiten und der Informationsfluss digitalisiert werden.

→ [Antrag: Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden](#)

Juristenausbildung modernisieren

Die NRW-Koalition will die juristische Ausbildung in Nordrhein-Westfalen modernisieren und optimale Bedingungen für die juristischen Nachwuchskräfte schaffen. Durch eine Initiative der Fraktionen von FDP und CDU soll das Referendariat weiterentwickelt werden. Insbesondere die Digitalisierung soll stärker genutzt werden. So sollen beispielsweise Online-Lehrveranstaltungen im Rahmen des Vorbereitungsdienstes dauerhaft ermöglicht werden. Zudem steht der Schutz des Staatsdienstes vor extremistischem Gedankengut im Fokus der Weiterentwicklung.

→ [Antrag: Nachwuchskräfte fördern, Digitalisierung vorantreiben, Rechtsstaat stärken](#)

Schutz persönlicher Daten verbessern

Um Einsatzkräfte, Ordnungskräfte, Gerichtsvollzieher, Politiker, ehrenamtlich Tätige sowie Journalisten besser vor persönlichen Bedrohungen zu schützen, setzt sich die NRW-Koalition für höhere Hürden für eine Melderegisterauskunft ein. Daher soll die Landesregierung eine Bundesratsinitiative für Nennung des Grundes für die Auskunft sowie die Offenlegung der eigenen Identität des Anfragenden starten. Der stellvertretende Vorsitzende der Freien Demokraten im Landtag Ralf Witzel erklärt: „Wer sich in den Dienst der Gesellschaft stellt und für unsere Sicherheit eintritt, der verdient auch persönlich einen besonderen Schutz. Nach derzeitiger Rechtslage können persönliche Anschriften problemlos erfragt werden. Das ist eine bedenkliche Lücke, die Missbrauch und Gefährdungssituationen Tür und Tor öffnet.“

→ [Antrag: Reformierung der Melderegisterauskunft](#)